

Sicherheitspolitik der Europäischen Union nach der Wahl

Weichenstellung in geopolitisch stürmischen Zeiten

Clemens Horn

Unter einer zweiten Amtszeit von Ursula von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission gilt es, den notwendigen sicherheitspolitischen Wandel voranzutreiben – institutionenübergreifend und mit echtem Gestaltungswillen. Dies gilt auch für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU).

Choices are the hinges of destiny” – „Entscheidungen sind die Scharniere des Schicksals.“ Mit diesen Worten von Edwin Markham begann Ursula von der Leyen ihre Bewerbungsrede im Europäischen Parlament für eine zweite Amtszeit als EU-Kommissionspräsidentin. Am Ende wählten die Parlamentarier in Straßburg von der Leyen für eine zweite Amtszeit an die Spitze der EU-Kommission. Nun gilt es, in den kommenden Jahren die richtigen Weichen zu stellen und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. In geopolitisch stürmischen Zeiten gilt dies insbesondere für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Nach mehr als zwei Jahren Krieg in der Ukraine, einem zunehmend aggressiv auftretenden China und der realen Gefahr eines Flächenbrandes im Nahen Osten ist klar: Der von der Kommissionspräsidentin ausgerufenen geopolitischen EU-Kommission muss endlich ein belastbarer Paradigmenwechsel folgen.

Kooperation statt europäischer Protektionismus

In der Europäischen Union ist ein Aufbruch in der Verteidigungs- und Industriepolitik notwendig, um attraktive Rahmenbedingungen für Innovationen in der Verteidigungsindustrie zu ermöglichen. Dabei sollte auch verstärkt auf die Zusammenarbeit mit befreundeten

Grafik/Foto: EU



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

Drittstaaten gesetzt werden. Der bisherige industriepolitische “Buy European“-Ansatz der EU-Kommission und einiger Mitgliedstaaten muss aufgegeben werden. Eine florierende europäische Rüstungsindustrie setzt Kooperationen mit befreundeten Drittstaaten voraus, da bereits heute viele der verbauten Komponenten aus Drittstaaten stammen. Ohne Komponenten z.B. aus den USA oder Israel ging es in der Vergangenheit nicht und wird es auch in Zukunft nicht gehen.

Im Gegenteil: Eine weitere Öffnung für eine vertiefte Zusammenarbeit etwa mit Japan, Korea oder Australien dient der geopolitischen Positionierung der EU und hilft nebenbei, einseitige Abhängigkeiten etwa von China abzubauen. Statt auf Protektionismus sollte Brüssel in industriell wichtigen Bereichen wie der Versorgung mit kritischen Rohstoffen auf eigene Souveränität setzen, um Abhängigkeiten zu

reduzieren. Mit dem Gesetz zu kritischen Rohstoffen oder dem Chips-Act wurden in der vergangenen Legislaturperiode bereits erste Schritte in die richtige Richtung unternommen.

Verteidigung auf ganzer Linie?

Es wird Aufgabe der Kommission in der nächsten Legislaturperiode sein, diesen Weg fortzusetzen. Ursula von der Leyen hat hierfür die Position eines Verteidigungskommissars angekündigt. Gleichzeitig wird im Europäischen Parlament diskutiert, einen eigenständigen Verteidigungsausschuss zu bilden, der in der Vergangenheit als Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses fungierte. Ein begrüßenswerter Paradigmenwechsel, der einmal mehr zeigt, dass Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch in den europäischen Institutionen institutionalisiert werden soll.

Autor

Clemens Horn ist politischer Berater und Sprecher der Jungen GSP Brüssel.

Klar ist jedoch: Sowohl ein Verteidigungskommissar als auch ein vollwertiger Verteidigungsausschuss müssten ihre Rolle im Gesetzgebungsprozess erst finden. Bisherige Vorhaben wie etwa das Gesetz zur Beschleunigung der Munitionsproduktion in Europa wurden seitens des Industriekommissars in der Kommission und im Parlament vom Industrieausschuss federführend verhandelt. Zudem ist festzuhalten, dass die Verteidigung auf absehbare Zeit Sache der Mitgliedsstaaten bleibt. Ob ein potenzieller Verteidigungskommissar oder Ausschuss einen grundlegenden Wandel darstellen oder vielmehr ein zahnloser Tiger ohne effektive Kompetenzen sind, wird sich in den kommenden Monaten zeigen.

Gleichzeitig gilt es, die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie auch in anderen Bereichen nicht länger stiefmütterlich zu behandeln. Dazu muss zunächst der Konflikt zwischen Sicherheit und Nachhaltigkeit aufgelöst werden. Trotz der angespannten geopolitischen Lage werden Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie teilweise noch immer von Banken und Fondsgesellschaften geächtet. Die im Frühjahr von der EU-Kommission veröffentlichte Europäische Verteidigungsindustriestrategie (EDIS) greift dieses Problem auf. Dort heißt es: „Die Verteidigungsindustrie trägt zur Nachhaltigkeit bei, indem sie zu Resilienz, Sicherheit und Frieden beiträgt.“ Eine wichtige Erkenntnis, der in der kommenden Legislaturperiode durch eine entsprechende Finanzmarktregulierung Rechnung getragen werden muss.

Sturmefeste transatlantische Beziehungen stärken

Und dann ist da noch die Dualität von Nordatlantikpakt (NATO) und EU. Die NATO ist derzeit die tragende Säule der kollektiven Verteidigung Europas. Doch selbst mit dem Ausscheiden von Joe Biden aus dem US-Präsidentschaftsrennen und der Nominierung von Kamala Harris als demokratische Kandidatin ist noch lange nicht ausgemacht, dass Anfang 2025 Kontinuität und Stabilität in den transatlantischen Beziehungen bestehen bleiben. Eine erkennbare Idee, was geschehen soll, wenn Europa sich nicht mehr auf die USA verlassen kann, ist nicht in Sicht. Ein möglicher Ansatz wäre die Materialisierung der EU-Mitgliedstaaten: Gemeinsam NATO-Prozesse mit EU-Mitteln umsetzen, etwa in Form von „joint procurement“, abgeleitet aus NATO-Fähigkeitszielen. So könnten bereits heute NATO-Fähigkeiten in der EU umgesetzt werden. Dazu bedarf es jedoch gemeinsamer Initiativen der Mitgliedstaaten. Das nationalstaatliche Kirchturmdenken muss endlich überwunden werden, um mehr Kooperation und Sicherheit für alle zu schaffen. Solange Partikularinteressen – etwa in Fragen der lokalen Wertschöpfung – nicht aufgegeben werden, stehen die Zeichen auf Stillstand. Eine Erkenntnis, die auch die Haushälter in den Hauptstädten erreichen sollte. Denn der Fähigkeitsplanungsprozess steht und fällt mit den dafür vorgesehenen Finanzmitteln. Haushaltspolitik ist Sicherheitspolitik.

Diese Erkenntnis scheint sich noch nicht überall durchgesetzt zu haben.

Die konventionelle Verteidigung ist auszubauen

Und auch wenn zu hoffen bleibt, dass uns Europäern eine weitere Trump-Präsidentschaft erspart bleibt, sollten die Spitzen von EU und NATO, allen voran der designierte NATO-Generalsekretär Mark Rutte, bereits im Vorfeld der Wahlen proaktiv den Kontakt zu Trump suchen, um ihm deutlich zu machen, dass das Engagement der USA in der NATO im beiderseitigen Interesse liegt. Denn Verteidigung gegen Geld, wie die von Trump ins Spiel gebrachte Bilateralisierung und Transaktionalisierung der Sicherheitsbeziehungen nach dem Motto „Du zahlst – wir schützen“, ist wertlos. Glaubwürdige Verteidigung und Abschreckung muss von geopolitischen Interessen aller Seiten getragen sein, nur dann ist sie glaubwürdig. Auch eine fortbestehende nukleare Abschreckung ohne eine entsprechende konventionelle Abschreckung ist gegenüber Kriegstreibern wie Putin ein Zeichen der Schwäche und nicht glaubhaft. Denn: Abschreckung muss vom Gegner her gedacht werden. Er muss nach Abwägung aller Argumente zu dem Schluss kommen, dass sich ein Angriff nicht lohnt. Insgesamt muss die konventionelle Verteidigung massiv ausgebaut und nicht reduziert werden. Diese Aufgabe muss in den EU-Mitgliedstaaten, in Brüssel und gemeinsam mit den Partnern jenseits des Atlantiks angegangen werden – unabhängig davon, wer 2025 ins Weiße Haus einzieht. ■

Die Gesellschaft im Netz: Block, Twitter, Instagram und Podcast

mitsicherheit-kontrovers.de



twitter.com/GSPSipo



<https://open.spotify.com/show/3Z42mZ6qXNsyEefj6GhvKZ>



instagram.com/gsp_sipo

